



Pressekonferenz am 26.9. vor dem Roten Rathaus. Die Initiative informierte über ihre nächsten Schritte in Richtung der Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne.

Bezahlbares Wohnen – Alles muss mensch selbst machen

Zweiter Volksentscheid mit Gesetzesentwurf

! Der Baugipfel hat einmal mehr gezeigt, dass von der Bundesregierung keine soziale Wohnungspolitik zu erwarten ist. Die große Neuheit ist eine steuerliche Sonderabschreibung für alle, die Wohnungen bauen. Wer jetzt eine Million Euro in Wohnungsbau investieren kann, wird in fünf Jahren rund 250.000 Euro von der Steuer abschreiben können. Soziale und ökologische Bedingungen gibt es nicht. Profitieren werden davon vor allem profitorientierte Wohnungsunternehmen und reiche Bauherren, die ihre Townhouses bauen. Das nützt den Men-

schen auf der Suche nach bezahlbaren Wohnungen nichts, gibt die Regierung zu. Ziel muss jedoch sein, soziale und bezahlbare Wohnungen zu bauen und nicht irgendwelche. Teure Wohnungen gibt es genug. Die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit wird hingegen immer weiter verschoben. Um Mieterinnen und Mieter vor den extremen Mieterhöhungen zu schützen, hat die Ampel-Regierung bisher gar nichts getan. Dringend nötig wäre ein Mietstopp. Doch das ist mit dieser Bundesregierung nicht zu erwarten. Das

Mietrecht sozialer zu machen, sei Aufgabe von Bundesjustizminister Buschmann von der FDP. Die SPD Bauministerin Geywitz „erwartet“ bald einen Entwurf. Doch warten auf die FDP ist wie Warten auf Godot – es macht keinen Sinn. In Berlin hat sich auch die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen vorgenommen, die Wohnungen großer Wohnungskonzerne zu vergesellschaften und damit bezahlbar zu halten. Die Initiative will zwei Jahre nach mit 59% gewonnenem Volksentscheid nicht mehr warten.

Rückenwind gab es durch die Expertenkommission. Die Kommission war eingesetzt worden, um zu prüfen, ob und wie eine Vergesellschaftung von Wohnungen möglich ist. Das Ergebnis der hochkarätig besetzten Kommission war positiv: Berlin darf Wohnungen vergesellschaften, es ist konform mit dem Artikel 15 des Grundgesetzes. Die Enteignung ist finanzierbar, denn die Entschädigungen dürfen niedriger sein als der Marktwert der Wohnungen. Die Entschädigung dürfte so hoch sein, wie es die langfristigen Einnahmen aus den bezahlbar gehaltenen Mieten erlauben. Damit wird sogar das Absenken von Mieten umsetzbar. Und die Kommission kommt auch zu dem Schluss, dass die Vergesellschaftung der Wohnungen einen beruhigenden Effekt auf den gesamten Mietmarkt in Berlin hätte. Es wäre das beste Mittel gegen den Mietwahn.

Die Expertise der Kommission unterstützt also die Argumente der Initiative. Es gibt eine Mehrheit für die Vergesellschaftung und eine weit fortgeschrittene juristische Debatte, welche die mögliche Umsetzung unterstützt. Dadurch sieht sich die Initiative jetzt wesentlich besser in der Lage, selbst ein rechtssicheres Gesetz zu verfassen, das einer juristischen Prüfung standhält. Das ist ein Unterschied zu vor fünf Jahren, als die Initiative begann. Der erste Volksentscheid enthielt eine Aufforderung zur Umsetzung an den Senat. Jetzt will die Initiative nicht länger auf die Politik warten und hat verkündet, einen Gesetzesvolksentscheid einzuleiten. Im Falle einer erneuten mehrheitlichen Zustimmung zum Gesetzesvolksentscheid wäre dieser dann bindend. Als LINKE unterstützen wir die Initiative. Alles muss mensch selbst machen.

■ ■ Hanno Bruchmann

Gysi meint...

Plan für ein gerechtes Land

” Der Vorsitzende der LINKEN, Martin Schirdewan, und ich haben im Juli einen Plan für ein gerechteres Land vorgelegt. Angesichts der verheerenden Politik der Ampel-Koalition, die die soziale Spaltung weiter vertieft, hat dieser Plan nichts an Aktualität verloren. Wenn die zwei reichsten Deutschen Dieter Schwartz (Lidl) und Klaus-Michael Kühne (Logistik-Unternehmen) mit

mehr als 90 Milliarden US-Dollar ein größeres Vermögen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung, also mehr als 42 Millionen Menschen, haben, wird eine solche Spaltung zur Bedrohung für die Demokratie. Und die Politik macht nichts dagegen, sondern kürzt auch noch massiv insbesondere bei Ausgaben im sozialen Bereich. Deutschland braucht eine Politik, die soziale Gerechtigkeit an die erste Stelle

setzt. Deshalb ist eine der zentralen Forderungen unseres Plans für ein gerechtes Land, dass künftig auch in Deutschland wie in Belgien, Luxemburg, Malta und Zypern die Löhne per Gesetz automatisch um die Inflationsrate steigen. Es mag auf den ersten Blick fast unmöglich scheinen, eine solche Regelung in unserem Land durchzusetzen. Aber das dachten viele auch 1998, als die PDS zum ersten Mal die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn erhoben hat. Wenn die Löhne mit der Inflation steigen, gäbe es keine sinkenden Realeinkommen mehr und die

Gewerkschaften könnten ihre Kraft darauf konzentrieren, dass sich die Gewinn- und Produktivitätsentwicklung in den Löhnen niederschlägt und auch über Umverteilung geredet werden kann. Heute reicht die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nicht einmal aus, um Reallohnverluste zu verhindern. Wer ein gerechteres Land will, muss Mut und neue Ideen haben. Es lohnt sich, wie der Mindestlohn gezeigt hat, Widerstände zu überwinden. DIE LINKE wird dies weiter tun. Allen Unkenrufen zum Trotz.



Baumscheibenfest

Hüpfburg, Popcorn und politische Information

Auch auf dem diesjährigen Baumscheibenfest in Alt-Treptow am Samstag war die LINKE gut vertreten: Neben Hüpfburg, Popcorn und heliumgefüllten Luftballons wurde von Katalin Gennburg und Genoss:innen für die Forderungen der LINKEN zum Thema Umsteuern geworben. Dass bei Mieten und Wohnen, für Schulen, Kitas und Kindergrundsicherung, der Bekämpfung der Armut bei Kindern und Rentner:innen, aber auch in der Pflege zum Teil katastrophale Zustände herrschen, stieß meist auf Zustimmung. Nicht in allen Gesprächen jedoch herrschte Einverständnis mit unseren Vorschlägen, zur Finanzierung wirksamer Gegenmaßnahmen Steuern

auf bspw. sehr hohe Vermögen, Erbschaften und Übergewinne zu erheben. Erstaunen, zum Teil Entrüstung rief hervor, dass kaum ein Land Arbeit so stark und Vermögen so gering besteuert wie Deutschland – und dass im Ergebnis vom Vermögenszuwachs zwischen 2020–2021 sage und schreibe 81 Prozent an das reichste 1 Prozent der Bevölkerung flossen, während sich die unteren 99 Prozent die restlichen 19 Prozent teilen mussten. Als besonderen Höhepunkt des Tages gabs am Schluss noch eine Rede von Gregor Gysi – in gewohnt spritzig-kurzweiliger Manier.

■ ■ Olaf Gerlach

Foto: Olaf Gerlach



Gregor Gysi und Katalin Gennburg auf dem Baumscheibenfest

Einwohnerantrag gestartet

Lösungen für Nah- und Gesundheitsversorgung & Verkehr gefordert



Ab 2024 eröffnet der Spreepark für 5.000 Besucher:innen täglich, die Willi-Sänger-Sportanlage wird zu einem Stadion mit 3.000 Plätzen ausgebaut – gleichzeitig rollen ab Ende nächsten Jahres zusätzliche Autolawinen von der Anschlussstelle Treptower Park der A100 durch Plänterwald. Bereits jetzt steigt die Bevölkerungszahl durch die Nachverdichtung, die gegen lange Proteste der Bevölkerung durchgesetzt wurde. Auch Zenner und Eierhäuschen haben endlich wieder geöffnet und ziehen zahlreiche Gäste nach Plänterwald. Wegen der unzureichenden Verkehrsanbindung quält sich ein

großer Teil davon mit den abertausenden Fahrzeugen über Dammweg oder Köpenicker Landstraße durch den Kiez. Die Parkplätze sind maximal ausgelastet und auch die Radinfrastruktur ist mehr als dürrftig. Der Kiez in Plänterwald wird seit 30 Jahren als Durchgangsort vernachlässigt. Nach der ersatzlosen Schließung mehrerer Standorte gibt es nur noch einen Supermarkt, es fehlt an Läden des alltäglichen Bedarfs sowie Treffpunkten für Jung & Alt. Durch den Verkauf des Ärztehauses am Dammweg verliert der Ortsteil eine Hausärztin – obwohl Plänterwald bereits jetzt unterversorgt ist. Insbesondere zum Verkehr

in Plänterwald hat DIE LINKE bereits mehrere Anträge eingebracht, die nun vom Bezirksamt umgesetzt werden müssen – bislang warten die Anwohner:innen aber auf eine Beteiligung und konkrete Ergebnisse.

Aus diesem Grund reicht eine Anwohner:innenvernetzung mit Unterstützung der LINKEN nun einen Einwohnerantrag ein. Dieser fordert vom Bezirksamt die Erstellung und Umsetzung eines Mobilitäts- und Infrastrukturkonzeptes für ein lebenswertes Plänterwald. Das Konzept soll mit einer ernstzunehmenden Beteiligung der Anwohner:innen erstellt werden und fordert darüber hinaus die För-

derung eines Stadtteilmittelpunktes, Verkehrsberuhigung, Ausbau und Verbesserung von Radwegen und ÖPNV, eine zusammenhängende Konzeption und Koordination der Großprojekte, die wohnortnahe Erreichbarkeit und Verbesserung des Lebensmitteleinzelhandels sowie Einrichtung eines Post- und Bankangebots und die Sicherung einer Hausarztpraxis am Dammweg 106. Nun werden 1.000 Unterschriften aus Treptow-Köpenick benötigt. Anschließend wird der Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk abgestimmt. Am 14. Oktober um 10.30 Uhr beginnt das Sammeln mit einer Kundgebung vor dem Netto am Dammweg. Kommen Sie gerne vorbei!

Den Einwohnerantrag finden Sie auch online: www.mobilitaetskonzept-pw.de

■ ■ Lena Fries

Mieterhöhungen bei den „Städtischen“

Wegner-Giffey räumen Reste des Mietendeckels ab



Während SPD-Landeschef Raed Saleh auf dem vergangenen Landesparteitag noch dazu aufrief, keinen Koalitionsvertrag ohne Mietendeckel abzuschließen, räumt der Wegner-Giffey-Senat mit seinem Beschluss zur Kooperationsvereinbarung zwischen Land und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (DEGEWO, Stadt und Land, Gewobag, WBM, Howoge, Gesobau und Berlinovo) mit den letzten Resten des Mietendeckels auf. Der Regierende, Herr Wegner, wundert sich nach einer Internetrecherche über zu hohe Mieten und ruft nach Kontrolle der ohnehin wirkungslosen Mietpreis-

bremse. Dabei hatte er doch selbst als Bundestagsabgeordneter dafür gesorgt, dass diese Bremse zahlos blieb. Doch es bleibt Methode bei schwarz-rot: Reden und Handeln fallen auseinander. Bislang galt für die ca. 350.000 öffentlichen Wohnungen einen Mietestopp bis Ende 2023, den 2021 Bau-Senator Scheel von der LINKEN auf den Weg gebracht hatte. Bis 2025 war vereinbart, die Mieten entsprechend der Regelungen des Mietendeckels bis 2025 maximal um ein Prozent pro Jahr steigen zu lassen.

Für uns LINKE war und ist es wichtig, die städtischen Wohnungen Berlins aus

dem irren Wettbewerb um die höchste Mietsteigerung rauszunehmen. Städtische Wohnungen müssen der sozialen Wohnraumversorgung dienen und vor allem jene in den Blick nehmen, die auf dem Wild-West-Wohnungsmarkt keine Chance haben. Damit macht der Wegner-Giffey-Senat jetzt Schluss. Jetzt gilt Vorfahrt für den Markt.

Die wichtigsten Punkte der neuen Vereinbarung:

- Die Mieten steigen um 9 Prozent bis 2026. Für Wiedervermietung leerer Wohnungen sind die Schleusen geöffnet: Hier gilt nur noch normales Mietrecht.
- Bei Neubau und Wiedervermietung werden nur noch halb so viele Wohnungen an die ärmsten Haushalte (bis WBS 140) vergeben.
- Neubauwohnungen werden deutlich teurer (Durchschnitt 15 Euro/qm!).
- Vor allem die energetische Modernisierung droht zum Verdrängungsturbo

zu werden, hier sind bis zu 2 Euro pro qm möglich.

• Es gilt eine Belastungsgrenze von 27%. Berlins (also unser alle) Wohnungsunternehmen werden von Schwarz-Rot auf mehr Markt getrimmt. Auf der Strecke bleiben die Mieterinnen, nicht nur bei den städtischen Gesellschaften, die nun eine neue Spirale bei den Mieten befürchten müssen.

Als LINKE werden wir weiter unsere Stimme gegen eine solche Politik des Ausverkaufs der Interessen der Mieterinnen in unserer Stadt erheben. Wenn Sie Fragen haben oder Beratung benötigen, stehen die Abgeordneten unserer Fraktion gerne helfend zur Verfügung. Mehr Informationen und Kontakte: www.linksfraktion.berlin

■ ■ Carsten Schatz, MDA
Fraktionsvorsitzender
der Linksfraktion
im Abgeordnetenhaus





Foto: Fraktion DIE LINKE

Kinder, Jugendliche, Eltern und Beschäftigte im Jugendbereich demonstrierten während der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung vor dem Rathaus Treptow gegen eine mögliche Kürzung der Gelder im Jugendbereich. Für den Begleit Antrag zum Haushalt von SPD, DIE LINKE und B'90/Grüne konnte ein Kompromiss mit der CDU gefunden werden. Darin werden die Mittel für den Jugendbereich erhalten.

Nachverhandlungen sind erforderlich

LINKE Fraktionsvorsitzender Philipp Wohlfeil zum Haushaltsentwurf

Berlin steht vor der dringenden Aufgabe, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit zu erhalten. Dies erfordert unbedingt starke Bezirke. Trotz zahlreicher Versprechungen der schwarz-roten Koalition ist die Realität der aktuellen Haushaltsberatungen in den Bezirken ernüchternd: Die finanziellen Ressourcen für die Jahre 2024 und 2025 sind nicht ausreichend, um die bisherigen Leistungen aufrechtzuerhalten, geschweige denn, um den stetig wachsenden Bedarf im Zuzugsbezirk Treptow-Köpenick zu decken. Die zusätzlichen 100 Millionen Euro, die aufgrund des massiven Drucks aus den Bezirken und dem Abgeordnetenhaus erkämpft wurden, sind vielleicht nicht nur ein Tropfen auf den hei-

ßen Stein. Aber es ist viel zu wenig. Tatsächlich hatten die Bezirke mindestens 250 Millionen Euro pro Jahr gefordert, um ihre Aufgaben in angemessener Qualität für die Bürger:innen erfüllen zu können. Welche Auswirkungen hat dies konkret für die Bezirke? Etwa 80 % der Mittel sind bereits zweckgebunden, darunter Lehr- und Lernmittel, Wohn-geld, Grundsicherung, Unterstützung in besonderen Lebenssituationen, familienunterstützende Maßnahmen, Kinderbetreuung oder Schulbauunterhaltung. Nur ein kleiner Teil der Haushaltsmittel liegt überhaupt im Ermessen der Bezirke selbst.

Auch Treptow-Köpenick ist gezwungen, Pauschale Minderausgaben (PMA) in den Haushaltsplan aufzunehmen. Dies verschafft vorübergehend etwas Spiel-

raum, doch letztendlich müssen diese Beträge im Laufe des Haushaltsjahres irgendwo eingespart werden. Fehlt es an zusätzlichen Finanzmitteln, führt dies faktisch zu Kürzungen bei freiwilligen sozialen Leistungen, bei Kiezkassen, bei Sondermitteln oder bei Kultur. Und noch besorgniserregender ist, dass Neueinstellungen von Personal verschoben werden könnten, was zu einer massiven Überlastung der Mitarbeiter:innen führen würde.

Wichtige Initiativen wie das „Netzwerk der Wärme“ oder der Integrationsfonds wurden durch den Senat gestrichen oder drastisch gekürzt. Und auch der Bund will bei Projekten kürzen. Aus diesem Grund fordert DIE LINKE eine angemessene Finanzierung für die Bezirke. Es darf keine Kürzungen bei den sozia-

len Leistungen und keinen Rückschritt in Bezug auf die Infrastruktur geben. Es ist dringend erforderlich, im Rahmen der Haushaltsberatungen im Abgeordnetenhaus nachzuverhandeln.

Gerade soziale Angebote und Dienstleistungen der Verwaltung vor Ort müssen in hoher Qualität und entsprechend den tatsächlichen Bedürfnissen finanziert werden. Tarifierungen und inflationsbedingte Mehrkosten müssen in realistischer Höhe berücksichtigt werden. Eine zügige Besetzung offener Stellen ist unerlässlich. Wir erwarten, dass geplante Investitionen, also insbesondere Schulbaumaßnahmen, ohne zeitliche Verzögerung umgesetzt werden. Die Absenkung der Sachausgaben für die Schulen ist ein krasser Einschnitt, den die Koalition verordnet. In Treptow-Köpenick wird dies wohl eine Reduzierung um ein Drittel pro Schulplatz bedeuten, die genauen Zahlen liegen noch nicht vor. Eines liegt aber auf der Hand, eine erfolversprechende Bewerbung um mehr Lehrkräfte und gute Bildung für alle vertragen sich nicht mit schlechter Ausstattung und uraltem Mobiliar. Schwerpunkte, die vermutlich nicht nur meiner Fraktion am Herzen liegen, sind Verbesserungen bei der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, damit Tarifierungen nicht in Stundenreduzierungen erfolgen.

Insgesamt kann ich alle verstehen, die nur mit Bauchschmerzen diesem Haushalt zustimmen können. Und wir müssen auch klar festhalten, das Beste für Berlin, sieht ganz gewiss anders aus. Aber die Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ist vertretbar im Rahmen der Spielregeln, die uns Senat und Abgeordnetenhaus geben.

Perspektiven für die Beschäftigten

Fortführung der Beschäftigung in Schulbibliotheken und Kiezklubs

Das Bezirksamt wird in einem interfraktionellen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und B'90/Grüne ersucht, Perspektiven für die Beschäftigten in auslaufende Maßnahmen nach §16i SGB II insbesondere in den Schulbibliotheken und Kiezklubs zu entwickeln, wie diese in reguläre Beschäftigungsver-

hältnisse überführt werden können. Menschen, die schwierig eine reguläre Arbeit finden, können mit Hilfe der Agentur für Arbeit geförderte Arbeitsplätze bekommen, um eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit dieser Möglichkeit wurden in Kiezklubs und in Schulbibliotheken Jobs

geschaffen. Mehr als zehn Menschen arbeiten so allein in den Kiezklubs und sorgen für die reibungslose Nutzung durch Seniorinnen und Senioren. Durch Einsparmaßnahmen der Bundesregierung werden diese geförderten Stellen nun gestrichen. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll nun

eine reguläre Perspektive durch den Bezirk angeboten werden.

Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Wir dürfen die hier Beschäftigten nicht im Stich lassen. Dies wäre nicht nur gegen den eigentlichen Zweck, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sondern würde auch dem Bezirk erheblichen Schaden zufügen. Kiezklubs müssten ihr Angebot verringern und Schulbibliotheken wären gezwungen zu schließen. Das wollen wir verhindern.“

Beschlüsse

Beschlossen:

IX/0379 Spreepark ökologisch und sozial gestalten (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)

IX/0465 Eine „Rote Bank“ für Treptow-Köpenick (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

IX/0505 Zusammenarbeit mit dem Anna-Seghers-Museum anlässlich Gedenkjahr intensivieren (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

IX/0511 Buslinie 365 zur regulären Tagesbuslinie aufwerten - Linienbetrieb von 6-24 Uhr (CDU, Beitritt: DIE LINKE, Einz.-BzV (FDP))

IX/0512 Bessere Busanbindung für das Gebiet Kablower Weg (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne, Beitritt: CDU)

IX/0515 Mehr Schulwegsicherheit für die Schüler/-innen der Kiefholz-Grundschule aus dem Einzugsbereich Plänterwald (B'90Grüne, SPD, DIE LINKE)

IX/0518 Bänke vor dem S-Bahnhof Plänterwald (SPD, DIE LINKE)

IX/0519 Materialsammlung zur Johannisthaler Filmgeschichte in den Bestand des Museums Treptow-Köpenick aufnehmen (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)

IX/0520 Hitzehilfe für obdachlose Menschen im Bezirk sicherstellen (B'90Grüne, SPD, DIE LINKE)

IX/0525 Pädiatrischen Teil der Pflegeausbildung stärken (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)

IX/0540 Entwurf des Bezirkshaushaltsplans Treptow-Köpenick für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Bezirksamt)

IX/0566 Unterstützung der Entwicklung des Spreeparks (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

in die Ausschüsse überwiesen:

IX/0556 Seniorennetzwerk Berlin unterstützen (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)

IX/0557 Fortführung der 16i-Beschäftigungsverhältnisse in Schulbibliotheken und Kiezklubs (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)

IX/0559 Renaturierung des öffentlichen Grillplatzes im Landschaftspark Johannisthal / Adlershof (B'90Grüne, SPD, DIE LINKE)

IX/0560 Inklusionssport fördern (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

IX/0561 Ordnungswidriges Parken im Püttbergweg unterbinden (DIE LINKE, SPD)

Mehr zu den Anträgen gibt es auf den Seiten der Linksfraktion gleft.de/5ju oder des Bezirksamtes gleft.de/5my



Foto: Joseph Rohmann

Die Albatrossschule in Oberschönweide

Schulbau sichern

Nicht Investoreninteressen schützen



Die Albatrossschule, ein sonderpädagogisches Förderzentrum in Oberschönweide, hat ein akutes Platzproblem und muss dringend ausgebaut werden. Eine geeignete Fläche ist auf dem Nachbargrundstück vorhanden, welches dem Investor Covivio gehört. Dieser hat dem Teilkau zugestimmt, allerdings unter der Bedingung, dass auf der restlichen Fläche Wohnungsbau stattfinden kann. Dies ist jedoch rein rechtlich gar nicht zulässig. Die Kooperation weist das Ansinnen des Investors folglich zurück.

Dazu erklärt Manuel Tyx, Sprecher für Stadtentwicklung und Verkehr der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick: „Wir befürworten einen Ausbau der Albatrossschule in der Wuhlheide mit einem Modularen Ergänzungsbau. Jedoch muss dieser Ausbau rechtlich sicher und im Sinne

der Schule erfolgen. Der Antrag der CDU-Fraktion zeigt jedoch, dass sie zunächst die Interessen des Investors sichern will und die Schüler:innen für dessen Zwecke einspannt. Doch statt uns erpressen zu lassen, sollten der Bezirk und das Land prüfen, hier von dem Mittel der Enteignung Gebrauch zu machen“, begründet Manuel Tyx, Sprecher für Stadtentwicklung und Verkehr der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick, die Entscheidung der SPD-Fraktion und befürwortet aufgrund des Vorrangs des Gemeinwohls die Enteignung in diesem Ausnahmefall.

Sven Dohnalek, Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Stadtentwicklung von Bündnis 90/Die Grünen: „Treptow-Köpenick steht weiterhin für eine geordnete und verantwortungsbewusste Stadtplanung ein. Der Fokus liegt auf der

Verkehrskonzept dringend nötig

Kommentar zur Verkehrssituation im Bezirk



Die wachsende Wohnbebauung in Treptow-Köpenick bringt nicht nur dringend benötigten Wohnraum, sondern auch Verkehrsprobleme mit sich. Die Fraktion DIE LINKE hat in der Bezirksverordnetenversammlung bereits mehrere Anträge und Anfragen eingereicht, um auf diese Herausforderungen aufmerksam zu machen und Lösungen zu finden. Mit Blick auf Wendenschloß, ein Gebiet, in dem der Wohnungsbau boomt, hat die Fraktion eine Verkehrskonferenz und ein Verkehrskonzept für den Berliner Südosten gefordert.

Die geplante Verkehrskonzeption soll aber nicht nur Wendenschloß, sondern auch andere Stadtteile wie Treptow-Nord, Späthsfelde, Köpenick, Baumschulenweg und Grünau berücksichtigen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, der sowohl preiswert als auch attraktiv sein muss. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Einrichtung einer neuen Ringbuslinie in Wen-

denschloß, die Wohngebiete mit Ärzten, Krankenhäusern und Geschäften verbinden soll, wie von der Fraktion beantragt. Ein weiteres Problem, das Bürgerinnen und Bürgern, mit denen ich spreche, auf dem Herzen liegt, betrifft die unzureichenden und maroden Brücken in der Region. Die Kreuzung Wendenschloßstraße und Müggelheimer Damm wird voraussichtlich den steigenden Verkehr aus den neuen Wohngebieten nicht bewältigen können. Hier wurden bereits Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung diskutiert, darunter die Möglichkeit einer Brückenverbindung nach Grünau oder die Verbesserung der Fährverbindung nach Grünau. Angesichts der knappen finanziellen Lage in Berlin ist es wichtig zu klären, welche Brückenprojekte Priorität haben. Aktuell laufen Planungen für den Neubau der Lange Brücke in Köpenick, während andere Brücken wie die Pyramidenbrücke an der Wuhle oder die Fahlenberg-Brücke in Gosen saniert werden. Es ist unbestreitbar, dass der

bestmöglichen Bildungsförderung für alle Schülerinnen und Schüler und der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, wie dem Naturschutz oder Baurecht. Deshalb fordern wir Bündnisgrüne die Covivio auf, den Weg für die geplante Schulerweiterung zu ebnen und ihr Teilgrundstück für die Bebauung mit einem modularen Ergänzungsbau freizugeben, ohne diesen an den Bau von Wohnungen seitens der Covivio auf dem restlichen Grundstück zu knüpfen. Wir unterstützen hiermit zudem den am 19. September durch den Beirat für Naturschutz und Landschaftspflege in Treptow-Köpenick gefassten Beschluss, welcher den angedachten Schulergänzungsbau fordert, jedoch die Wohnbebauung aus naturschutzrechtlicher Sicht ablehnt.“ Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE: „Wir wollen alle mehr Schulplätze am Standort der Albatrossschule. Aber wir lassen uns nicht erpressen. Der Naturschutz in der Wuhlheide geht selbstverständlich vor Luxuswohnungen. Das ist auch rechtlich gar nicht anders möglich.“

Die Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick hat am Donnerstag dem 21. September, zudem einen Antrag der CDU zurückgewiesen, den vom Investor angestrebten Handel zu unterstützen. Die Kooperation von SPD, DIE LINKE und B'90/Die Grünen wird sich weiterhin für eine schnelle Lösung und ausreichend Schulplätze für die Albatrossschule einsetzen. Naturschutzrechtliche Aspekte dürfen dabei nicht zurückstehen.

Bezirk kontinuierlich am Thema Verkehr und Mobilität arbeitet. Es ist jedoch auch entscheidend zu betonen, dass für „übergeordnete Straßen“ und Brücken sowie den Öffentlichen Personennahverkehr (Bus und Straßenbahn) der Senat zuständig ist. Angesichts des wachsenden Pendelverkehrs zwischen Brandenburg und Berlin, auch zum Flughafen BER, sowie des Baus der TESLA-Werke in Grünheide stehen Treptow-Köpenick viele verkehrsbedingte Herausforderungen bevor. Eine vorausschauende Verkehrsplanung ist dringend erforderlich, nicht nur wegen des Bevölkerungszuwachses. Die Fraktion DIE LINKE sieht diese Herausforderungen und sucht aktiv nach Lösungen. Wir ermutigen Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv einzubringen und Vorschläge und Anregungen zur Verbesserung der Verkehrssituation beizutragen. Schreiben Sie mir unter mail@linksfraktion-tk.de

■ ■ Uwe Doering,
Sprecher für Stadtentwicklung
der Fraktion DIE LINKE



Herzlichen Glückwunsch zu 15 Jahre STERNENFISCHER Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick. Vielen Dank für das Engagement, die interessanten Gespräche, die gelungene Veranstaltung und leckere Falafel!



Der Migrationsbeirat und das Integrationsbüro Treptow-Köpenick luden zum Internationalen Sommerfest nach Schöneweide in den Baergarten, um Begegnungen und Kennenlernen zwischen den communities zu fördern.



LINKE-Fraktion auch im Sommer aktiv

Durch seinen Glauben geriet Rudolf Mandrella in Opposition zum NS-Regime und schloss sich einer Widerstandsgruppe an. Am 3. September 1943 wurde er wegen Wehrkraftzersetzung hingerichtet. Wie erinnern an ihn. Dank auch an die VVN-BdA und die katholische Gemeinde St. Martin.

Wie erinnern an ihn. Dank auch an die VVN-BdA und die katholische Gemeinde St. Martin.



Gemeinsam mit Kollegen aus Politik und Verwaltung konnten wir uns ein Bild von der neu eröffneten Alterstraumatologie im DRK-Krankenhaus machen. Eine gute Nachricht für eine noch bessere stationäre Versorgung insbesondere älterer Menschen aus dem Bezirk.



Gregor Gysi und Fraktionsmitglied André Schubert beim Saisonabschluss des Fischer Thamm in Rahnsdorf. Erst kürzlich war dessen Verkaufstand abgebrannt.



Im letzten Jahr durfte Sozialstadträtin Carolin Weingart Frau Anita Göbels zum 103. Geburtstag gratulieren und in diesem Jahr hatte ich die Ehre zum 104. Geburtstag. Sie lebt im Seniorenzentrum in der Sozialstiftung Köpenick und die Betreuerin der Station hatte eine schöne Kaffeetafel für die Gäste Frau Fröhlich von der Soko mich und die Bewohner vorbereitet. Auch mit 104 Jahren kann Frau Göbels die Grüße des Regierenden ohne Brille lesen. Alle Achtung!



Gemeinsam mit Frau Schneider von der Soko in Plänterwald hat Sozialstadträtin Carolin Weingart Ursula George zum 102. Geburtstag gratuliert. Sie wohnt seit über 60 Jahren in ihrer Wohnung. Zu Gast war ihre Familie – Kolleginnen und Kollegen von ihrer ehemaligen Arbeitsstelle beim Institut für Nachrichtentechnik in Schöneweide. Verheiratet war Frau George nie – „wozu auch?“ fragte sie mich. Selbstbestimmt und selbstständig bis ins hohe Alter, sehr bewundernswert.



Masernimpfung bleibt Pflicht

Verwaltungsgericht weist Eilanträge zurück

Schul- und Kindergartenkinder sollen wirksam vor Masern geschützt werden. Das ist Ziel des Masernschutzgesetzes, das am 1. März 2020 in Kraft getreten

ist. Einige Familien hatten dagegen geklagt, aber das Bundesverfassungsgericht hatte im vergangenen Jahr diese Klagen zurückgewiesen.

Inklusionssport fördern

Die große Begeisterung um die im Sommer in Berlin und damit erstmals in Deutschland stattgefundenen Special Olympics für Athlet:innen mit geistiger und mehrfacher Behinderung führte dazu, dass die Fraktionen DIE LINKE,

SPD und B'90/Grüne in einem interfraktionellen Antrag das Bezirksamt ersuchten, bei zuständigen Stellen in Bund und Land und den Verbänden des Sports um Unterstützung und Finanzmittel nachzufragen, um die Gelegenheit zu erhalten, im Bezirk eine gezielte Förderung des Inklusionssports etablieren zu können.



Demo der muskel- und windbetriebenen Wasserfahrzeuge für die Wiedereinführung der Führerscheinplicht ab fünf PS am Müggelsee: Wassersportler:innen kämpfen für mehr Sicherheit auf Berliner Gewässern

Mehrere Hundert Wassersportler:innen protestierten gegen chaotische Zustände auf Berliner Wasserstraßen. Hauptproblem: PS-starke Mietboote ohne Führerscheinplicht. Die Initiative fordert eine Absenkung der PS-Grenze. Die Berliner Polizei verzeichnet steigende Beschwerden über Lärm und Raser auf den Gewässern.

Das Gesundheitsamt Treptow-Köpenick hatte einen Nachweis für die erfolgte Impfung als Voraussetzung für den Schulbesuch gefordert. Für die Verweigerung dieses Dokument vorzulegen, hatte das Gesundheitsamt mit einem Zwangsgeld von 200 Euro gedroht. Dabei berief sich das Gesundheitsamt auf die Gefährlichkeit der hochansteckenden Viruserkrankung.

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick hatte im vergangenen Jahr in einer Erklärung betont, dass nach Auslaufen von Übergangsregeln das vom Bundestag beschlossene Masernschutzgesetz zum beginnenden Schuljahr sein volle Wirkung entfalte. Auf Anfrage von Philipp Wohlfeil hatte das Bezirksamt erklärt, dass die fehlende Schutzimpfung unter Umständen dazu führen könne, dass Schüler:innen vom Schulbesuch ausgeschlossen werden. Dazu Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Impfungen wirken, sind sehr sicher und für ein solidarisches Miteinander unverzichtbar. Eltern sollten nicht die Zukunft ihrer Kinder gefährden, indem sie durch das Verweigern der Masernschutzimpfung einen Schulabschluss verhindern. Masern sind zudem auch keine harmlose Krankheit

und können schwerwiegende Folgen haben, insbesondere auch für Mitmenschen mit geschwächtem Immunsystem.“

Die Eltern einer Schülerin und von zwei Schülern hatten nun gegen die Zwangsgeld-Androhung in einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht Berlin geklagt. Doch das Gericht wies dies zurück. Es entschied: Gesundheitsämter dürfen für den Schulbesuch einen Impfnachweis für Masern fordern. Wird ein solcher Nachweis von den Eltern nicht vorgelegt, kann das Gesundheitsamt ein Zwangsgeld androhen.

Bezirksstadträtin Carolin Weingart (DIE LINKE), zuständig für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, äußert sich dazu wie folgt: „Es ist wichtig, dass Treptow-Köpenick hier die Schulpflicht durchsetzt. Es ist unsere Pflicht, alle Kinder vor der gefährlichen Masern-Infektion zu schützen. Das Gesundheitsamt Treptow-Köpenick hat in diesem Fall Rechtsgeschichte geschrieben.“

Allerdings ist die Entscheidung noch nicht rechtskräftig. Gegen die Beschlüsse kann noch beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Beschwerde eingelegt werden.

Fußweg ist kein Parkplatz

Im Püttbergweg wird regelmäßig ordnungswidrig auf dem Fußweg geparkt. Das behindert die Menschen, die den Fußweg nutzen und auf eine gewisse Breite für Kinderwagen, Rollstühle oder Gehhilfen angewiesen sind. Poller, Geländer oder ähnliche Abgrenzungen sollen den Gehweg davor schützen, dass er zum Abstellen von Autos benutzt wird. Interfraktionell hat deshalb DIE LINKE gemeinsam mit B'90/Grüne in der Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag gestellt, im Püttbergweg gegenüber der Einmündung des Waldschützpfads das ordnungswidrige Parken auf dem Bürgersteig durch bauliche Maßnahmen zu unterbinden. Dazu erklärt André Schubert, Sprecher für Verkehr aus der Fraktion DIE LINKE: „Das dauerhafte Problem des falsch geparkten Autos lässt sich an dieser Stelle nur durch bauliche Veränderungen lösen. Vor Ort gibt es sogar schon Poller, die einfach

versetzt werden könnten und dann schon den gewünschten Effekt hätten. Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Eltern mit Kinderwagen oder Menschen mit Rollstuhl müssen den Püttbergweg gefahrlos nutzen können.“

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. September 2023
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Dienstag, 7. Nov. 2023
Redaktionsschluss dafür: Di 24.10.23

Bürgersprechstunde

Stellv. Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart, **Donnerstag, 19. Oktober 2023 von 10:30 Uhr bis 12 Uhr** als Sozialpolitische Sprechstunde mit Johanna Hambach (Seniorenvertretung) im KIEZKLUB „Haus der Begegnung“, Wendenschloßstraße 404, 1. Etage im Café

Tagesfahrt Bundestag

Gregor Gysi lädt am 22.11. zu einer Tagesfahrt durch den Berliner Politikbetrieb ein. Auf dem Programm steht u.a. ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Verteidigung, der Besuch des Bundestages und ein Gespräch mit Gregor Gysi. Interessentinnen und Interessenten melden sich bitte unter gregor.gysi.wk@bundestag.de oder unter der Telefonnummer 63224357 an.

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA
Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA
Wißlerstraße 24, 12587 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buengerbuero@carsten-schatz.de

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de



IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. September 2023
Erscheinungstag blättchen 295: Di. 7. Nov. 2023
Redaktionsschluss dafür: Di 24.10.23
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag

- | | |
|--|---|
| 70. Uwe Doering | 91. Gerhard Klahn,
Horst Rudolph |
| 75. Manuel Reichardt,
Monika Seiffert | 92. Dietrich Pump,
Ursula Voggenauer |
| 80. Jürgen Krause, Wolfgang Köhler,
Hans-Joachim Ritter,
Karla Voigt | 93. Hannelore Krödel |
| 85. Elisabeth Ittershagen,
Helmut Ring | 95. Sonja Bernhard |
| | 97. Christa Gehre |



Demonstration „Das ist unser Kiez“

ReclaimyourKiez

Erfolgreiche Demonstration durch Köpenick

Im dritten Jahr in Folge hat die antirassistische Reclaim-Your-Kiez-Demo stattgefunden. Rund 250 Teilnehmer:innen sind diesmal erneut durch Köpenick gezogen. Der Auftakt startete um 13 Uhr mit einem Redebeitrag des Genossen Ferhat Koçak aus Neukölln am S-Bahnhof Spindlersfeld. Mit Musik, Schildern, Fahnen und vielen Demo-Rufen haben die Teilnehmer:innen alle Anwohnenden wissen lassen: Wir sind mehr! Diskriminierungs- und Rassismusbetroffene sind nicht alleine! Insbesondere in der Nähe einer Unterkunft für Geflüchtete im Allendeviertel gab es bei den Bewohner:innen viel Zuspruch. Außerdem wurden Reden gegen die AfD und für ein verbessertes Gesundheitssystem gehalten; sowie viele Einspieler des Registers TK, welche auf rassistische, queerfeind-

liche Beleidigungen und Übergriffe aufmerksam gemacht haben, abgespielt. Bei der Zwischenkundgebung hat eine Genossin aus Marzahn-Hellersdorf über ihren Bezirk berichtet. Zur Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz gab es einen Einspieler von Aissatou Friedrich, Afrodeutsche Aktivistin gegen Rassismus und Gewalt gegen Frauen aus Köpenick, welche von dem sie betreffenden Alltagsrassismus berichtete sowie starke Redebeiträge von Sarah Pfeiffer, queerpolitische Aktivistin des Projekts Treptow-Köpenick für Vielfalt und gegen Antisemitismus. Die Demonstration war laut, stark und hat allen gezeigt: Das ist unser Kiez! Trans-, Queerfeindlichkeit, Faschismus und Rassismus haben hier KEINEN Platz.
■ ■ Veronika Weiß



Auf Einladung der ProgressivenLinke waren der ukrainische Historiker Stanislav Serhienko und Sören Benn zu Gast in Köpenick, um über die Situation in der Ukraine zu berichten und über Auswege aus dem Krieg zu diskutieren: „Der Krieg ist zu Ende, wenn Russland aufhört Unrecht zu tun.“ (Sören Benn).

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde
Montag, 13.11. von 12–18 Uhr
im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Donnerstag, 12.10. von 15–17 Uhr
Nach vorheriger Terminvereinbarung
Im Wahlkreisbüro, Moosdorfstraße
7–9, 12435 Berlin, statt. Anmeldung:
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Carsten Schatz, MdA

Mittwoch, 11.10. von 17–19 Uhr
im Bürgerbüro Wißlerstraße 24,
12587 Berlin
Mittwoch, 8.11. von 17–19 Uhr
im Kiezklub Rahnsdorf,
Fürstenwalder Allee 362

Entwicklung des Spreparks

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin unterstützt die Bemühungen des Bezirksamtes und der landeseigenen Grün Berlin GmbH, die Entwicklung der Projektes Sprepark voranzutreiben. Dazu zählt auch die Sanierung der Alten Lackiererei, die Herrichtung des Trafogebäudes und der Wellblechhalle. Die Bezirksverordnetenversammlung befürwortet auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und B'90/Grüne, die dafür notwendige (Teil-) Finanzierung aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu beantragen.

Grillplatz auf dem Flugfeld

Immer heißere und trockenere Sommer sorgen regelmäßig für Grillverbote auf dem Grillplatz des Flugplatzes Johannisthal. Aufgrund der fortschreitenden Klimakrise ist hier zeitnah keine Verbesserung zu erwarten. Zudem sorgen regelmäßige Müllablagerungen und Verdreckungen durch das Grillen, trotz witterungsbedingter Grillverbote, für eine geringere Aufenthaltsqualität sowie unverhältnismäßige Schäden an der Natur. Aus diesem Grund haben sich die Fraktionen DIE LINKE, SPD und B'90/Grüne in einem Antrag an die BVV dafür ausgesprochen, das Bezirksamte zu ersuchen, den Grillplatz auf dem Flugfeld Johannisthal zu renaturieren und zu prüfen, ob eine alternative Fläche als Grillplatz im Bezirk ausgewiesen werden kann.

Synagogalmusik



Zum Gedenken an den 85. Jahrestag der Reichspogromnacht findet am Sonntag, 12. November um 17 Uhr das 3. Köpenicker Synagogenkonzert statt. Neben dem Synagoga Ensemble Berlin unter der Leitung von Regina Yantian werden Tobias Unterberg (Cello) und Anna B. (Stimme) Auszüge aus „Intermezzi für Streichinstrumente“ von Shir-Ran Yinon präsentieren. Eine Aufführung des aus Italien geflohenen Mario Castelnuovo-Tedesco „Konzert Memorial Service“ präsentiert Kantor Yoed Sorek aus Hannover.

In der Synagogalmusik widerspiegeln sich Volksmelodien sowie italienische Opernklänge.

Die Veranstaltung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick findet in der Freiheit 15 in Berlin Köpenick statt, gegenüber dem Ort, wo einst die Köpenicker Synagoge stand. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung (Name und Erreichbarkeit) unter veranstaltungen@ba-tk.berlin.de ist dennoch notwendig (Die Daten werden nach vier Wochen gelöscht).

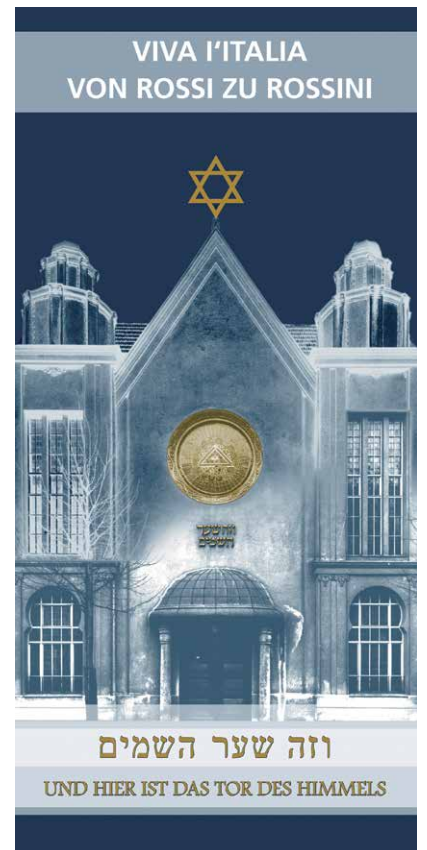


Foto: Norbert Pawestorff

Einweihung der Gedenktafel an Fromm und sein Werk.

Gedenktafel Julius Fromm

Vor dem Kaufland Friedrichshagener Straße in Berlin-Köpenick wurden jetzt zwei Erinnerungstafeln an den Juden und Unternehmer Julius Fromm aufgestellt. Julius Fromm kam 1883 in einer jüdischen Familie im russisch besetzten polnischen Koinin zur Welt. Aus wirtschaftlichen Gründen zog die Familie nach Berlin. Fromm, der hier Chemie studierte, hatte 1914 eine Firma für Parfümerien und Gummiwaren gegründet und produzierte im ersten Weltkrieg für die Soldaten zum Schutz vor Geschlechtskrankheiten das erste Markenkondom der Welt. 1929 wurde in der Friedrichshagener Straße ein Werk im Stil der Bauhaus-Moderne geschaffen. 1938 wurde Fromm gezwungen, sein Unternehmen an eine Patentante von Hermann Göring zu verkaufen, Haus und Eigentum kamen 1943 in den Besitz des Staates. Im Mai 1945 starb Fromm im Exil in London. Fromm ist noch nach 1945 als „kapitalistisches Ekel“ öffentlich diffamiert worden, sein ehemaliges Stammwerk kam unter Zwangsverwaltung und wurde 1949 verstaatlicht.

ParkingDay Baumschulenweg

Am 15. September fand der diesjährige PARK(ing) Day statt, zu dem DIE LINKE in Treptow-Köpenick wie auch in den vergangenen Jahren erneut Präsenz zeigte. Der Aktionstag findet jährlich und weltweit statt und macht durch die temporäre Besetzung von Parkflächen und deren Bespielung darauf aufmerksam, wie viel Raum in unseren Städten dem Autoverkehr zugesprochen wird – und auch anderweitig genutzt werden könnte. DIE LINKE war gemeinsam mit den Lastenrädern von der fLOTTE im Zentrum von Baumschulenweg vor Ort. Weil dort nahezu alle Parkbuchten von hartnäckig parkenden PKWs bis in den Abend blockiert blieben, konnten nur zwei Buchten vor der Volkshochschule und Kirche besetzt werden. Das tat den zahlreichen Gesprächen, sodann auf dem Bürgersteig, mit den vielen auch jungen Besucher:innen des parallel stattfindenden Kiezfestes keinen Abbruch. Themen wie der Erhalt der Schwimmhalle oder die Reduzierung des Verkehrs auf der Baumschulenstraße, für die sich DIE LINKE einsetzt, betreffen Jung und Alt in Baumschulenweg und fanden entsprechend Anklang. Auf dem Kiezfest, das ebenfalls jährlich vom Familienzentrum RumBa veranstaltet wird, richtete Katalin Gennburg zudem eine kurze Ansprache an die zahlreichen jungen Familien.

■ ■ Nils Philippi

Zwei Zeitungen: ein Abo!

Null Papier, volle Informationen. Unsere Zeitungen **Aus dem Rathaus** und **blättchen** jetzt im digitalen Abo! #nachhaltiglinks

Jetzt abonnieren!

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++



KULTUR UND UNTERHALTUNG

- Di 10.10. | 19 Uhr** Herzstation – Lach doch, wenn du noch kannst ... Lesung im Club mit Caterina Westphal. Ein Buch, geschrieben, um das Wissen darüber zu vermehren, wie eine Krankenschwester auf der kardiologischen Intensivstation die Langstreckenbelastung, die Eigenheiten der Patienten und die fordernden Extremsituationen meistert, voller Geschichten; ergreifender, verstörender und auch vieler heiterer.
- Fr 13.10. | 17.30 Uhr** Vernissage der Jubiläumsausstellung 60 Jahre Colorclub Berlin-Treptow. Kulturbundgalerie Treptow, Ernststraße 14/16, 12437 Berlin

Sa 21.10. | 16 Uhr Finissage der Ausstellung SCHÖNE NEUE ARBEITSWELT in der Galerie Alte Schule Adlershof



POLITIK UND ENGAGEMENT

- Di 10.10. | 16–20 Uhr** Symposium „Un:umstrittenes Erbe?“ zum Umgang mit antisemitischen Straßennamen in Treptow-Köpenick im BVV-Saal Rathaus Treptow, Neue Krugallee 2–6. Es ist keine Anmeldung erforderlich.
- Fr 13.10. |** Verlegung von Stolpersteinen für die Familie Archenhold an der Archenhold-Sternwarte Alt-Treptow 1.
- Fr 13.10. | 18–22 Uhr** We take back



KONFERENZEN UND SITZUNGEN

- Di 17.10. | 19 Uhr** Sitzung der LAG Vergesellschaftung, Ort: Linkstreff, Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin
- Mo 23.10. | 15 Uhr** AG Senior:innenpolitik, Auswertung der Hauptversammlung und Schlussfolgerungen daraus für die weitere Arbeit, Gäste und neue Mitglieder herzlich willkommen
- Fr 27.10. | 14 Uhr** Treffen des AK Kleingartenwesen, Bildungsverein am Kreuzpfuhl e.V. Pistoriusstraße 24, 13086 Berlin



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de